

Mainpost, 27.9.18

EBRACH

7600 Unterschriften für einen Nationalpark

Klaus Vogt



27.09.2018 Foto: Susanne Günther

Bei der Übergabe der Petition (von links): Ingrid Michel (Vorstandsmitglied des Vereins Nationalpark Nord-Steigerwald); Liebhart Löffler (Vereinsvorsitzender), Bernd Weil (Vorstandsmitglied), Landtagsvizepräsidentin Ulrike Gote (Bündnis 90/Die Grünen), Christian Hierneis (Bund Naturschutz Bayern), MdL Christian Magerl (Bündnis 90/Die Grünen), Umweltminister Marcel Huber (CSU), MdL Rosi Steinberger (Bündnis 90/Die Grünen) und Thorsten Weber (Vereinsvorsitzender).

Der Verein „Nationalpark Nord-Steigerwald“ hat in München eine Petition für einen Nationalpark an Umweltminister Marcel Huber (CSU) übergeben. „Der Steigerwald muss eine faire Chance bekommen, Nationalpark zu werden“, forderte bei der Übergabe der rund 7600 Unterschriften die Vizepräsidentin des Landtags, Ulrike Gote (Bündnis 90/Die Grünen), laut einer Pressemitteilung ihrer Partei.

Mit der Petition werde die CSU-Regierung aufgefordert, den Steigerwald bei der Standortsuche für einen möglichen dritten bayerischen Nationalpark zu berücksichtigen. Ulrike Gote unterstützt die Petition nachdrücklich: „Es ist unverständlich, dass das geeignetste Gebiet gar nicht erst in Betracht gezogen wird, weil einige unverbesserliche CSU-MdL argumentfrei gegen Schutzgebiete polemisieren.“ Fachliche Daten und Fakten müssten für die Standortfrage entscheidend sein und vor allem die Tatsache, dass der Steigerwald einer der bedeutendsten und wertvollsten Buchenwälder Deutschlands sei. „Mit ihrer derzeitigen Haltung befindet sich die CSU-Regierung auf den naturschutzpolitischen Holzweg“, wird Gote in der Pressemitteilung zitiert.

Ein Nationalpark im Steigerwald hätte – neben seiner Bedeutung für den Naturschutz – nach Ansicht der Grünen-Politikerin auch positive Auswirkungen auf den Tourismus und die lokale Wirtschaft, würde zur Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen beitragen und Investitionen in Infrastruktureinrichtungen, beispielsweise neue Angebote im Öffentlichen Nahverkehr ermöglichen. „Damit bekommt die Region die Chance, sich positiv zu entwickeln.“ Sie fordere deshalb einen ergebnisoffenen, fachlichen Dialogprozess mit der Bevölkerung vor Ort, so Gote.